

darauf an, den Imperialismus in seinem Kern zu treffen.

Das Bestreben unserer Partei und unserer Regierung, alles zu tun, damit sich die friedliebenden Menschen unter der Führung der Arbeiterklasse im Kampf um den Weltfrieden vereinen, gewinnt im Lichte der Beschlüsse des XXIII. Parteitages der KPdSU, der siegreichen Partei Lenins, noch mehr an Gewicht. Genosse Erich Honecker verwies in seinem Bericht an das 12. Plenum auf den Teil der Resolution des Parteitages, in dem es heißt, „daß in der gegenwärtigen Epoche das sozialistische Weltsystem und die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfenden Kräfte die Haupttrichtung der historischen Entwicklung bestimmen“. Genosse Honecker hat nicht zufällig auf diese Feststellung hingewiesen; denn sie drückt die objektive Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Zeit aus. Das Kräfteverhältnis verändert sich durch den Kampf der Völker in immer schnellerem Tempo zugunsten der Demokratie und des Sozialismus.

In diesem Zusammenhang ist auch der auf dem Plenum gegebene Hinweis des XXIII. Partei-

tages wichtig, daß die Zuspitzung des Klassenkampfes sich in der wachsenden Anzahl von Streiks gegen die unmenschliche Ausbeutung ausdrückt und daß die in der Vergangenheit aus sozialökonomischen Motiven geführten Streiks sich zunehmend mit politischen Aktionen verbinden. Das trifft für Italien, Frankreich, Japan u. a. ebenso zu wie für Westdeutschland.

Auf dem Parteitag wurde die Außenpolitik der Sowjetunion, der Kampf gegen Aggression, für Frieden und Sicherheit ausführlich dargelegt, wobei auch die Deutschlandfrage einen hervorragenden Platz einnahm. Sowohl Genosse Breshnew als auch eine Reihe von Vertretern anderer Bruderparteien haben die Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik als die Hauptgefahr für den Frieden in Europa entlarvt. Die Genossen Breshnew, Gromyko, Malinowski richteten ernste Warnungen an die Aggressoren: Die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages würden sich niemals damit abfinden, daß die westdeutschen Militaristen in irgendeiner Form Zutritt zu Atomwaffen bekommen; im Falle einer Verwirklichung ihrer Bestrebungen würden die notwendigen Maßnahmen nicht ausbleiben.

\* \*

\*

Von der Tribüne des 12. Plenums wandte sich Genosse Honecker an die Arbeiterklasse unserer Republik, an die Genossenschaftsbauern und alle Werktätigen, als er sagte, daß die von tiefem proletarischen Internationalismus erfüllte Position der Sowjetunion in der Deutschlandfrage „heilige Verpflichtung und Veranlassung ist, unsererseits konsequent und vorbildlich die sich aus dem Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit sowie aus dem deutsch-sowjetischen Kommuniqué vom September 1965 ergebenden Aufgaben weiterhin mit Erfolg zu lösen“.

Wir sind stolz darauf, dem mächtigsten sozialistischen Staat der Welt in enger Freundschaft und Zusammenarbeit auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet verbunden zu sein.

Alle Parteiorganisationen in den Betrieben, WB, Außenhandelsunternehmen und im zentralen Staatsapparat wurden mit dem Bericht des Genossen Honecker aufgeföhrt, eine gute ideologische Arbeit zu leisten und in ihren

Bereichen dafür zu sorgen, daß der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit der UdSSR sowie der im vergangenen Jahr abgeschlossene langfristige Handelsvertrag mit pulsierendem Leben erfüllt werden. „Strikte Vertragstreue in der konkreten Zusammenarbeit ist der beste Beweis unserer Verbundenheit mit dem befreundeten Sowjetvolk und der großen Partei Lenins“, so sagte er.

Es kommt jetzt darauf an, den sozialistischen Wettbewerb, dessen ausgezeichnete Resultate zum 20. Jahrestag der Gründung unserer Partei abgerechnet wurden, weiterzuführen und seine Ziele anläßlich der Aussprache über die Ergebnisse des XXIII. Parteitages und des 12. Plenums erneut zu präzisieren. Viele Betriebe und WB haben nach dem Beispiel der Magdeburger Dieselmotorenwerker den verstärkten Kampf für sozialistische Rationalisierung zur Erhöhung des Nationaleinkommens aufgenommen; denn die ökonomische Stärkung der DDR ist ein entscheidend-